

Oskar Lafontaine und der Lafontaineismus

In seinen Memoiren schrieb Kardinal Retz, einer der Akteure der frühbürgerlichen Fronde in Frankreich, als er den königlichen Prinzen Conti für die Revolte gewonnen hatte: „Ich brauchte nur einen Namen, um das mit Leben zu begaben, was ohne Namen nur ein Hirngespinnst blieb.“ Ansonsten urteilte er über ihn, anders als über die eigene, in den Memoiren offenkundig stark überhöhte Rolle, ziemlich abfällig: „Den Prinzen Conti hätte ich beinahe vergessen – ein sehr hübsches Zeichen für einen Parteiführer. Ich wüsste nicht, wie ich ihn Ihnen besser schildern könnte, als indem ich sage: dieser Parteiführer war eine Null; da Prinz von Geblüt, eignete er sich zur Multiplikation. Soviel zu seiner Bedeutung in der Öffentlichkeit.“

Die deutsche Linke (jenseits und links von SPD und Grünen) wurde zweifelsohne durch Oskar Lafontaine „mit Leben“ begabt, das sie ohne ihn nicht gehabt hätte. Weiter taugt der geschichtliche Vergleich nicht. Oskar Lafontaine hat die Linke addiert, multipliziert, und wo er sie dividiert, verhindert er noch meistens den Bruch. Er ist der unbestrittene Parteiführer. Über seinen Führungsstil in der SPD sagte er selbst im Vergleich mit Willi Brandt: „Er hat die Partei in Andeutungen regiert, während ich gesagt habe: Das machen wir jetzt so!“ Diesen Stil hat er in die Linkspartei mitgebracht, die darunter ächzt, aber zum erstenmal eine echte strategische und politische Führungskraft hat. Ohne Lafontaine hätte es die Partei nicht gegeben, ohne ihn wäre sie führungslos, und ob sie sein Mandat überdauern wird, ist völlig offen.

In Ostdeutschland war die PDS in den neunziger Jahren zwar zu einer Volkspartei geworden, die mit SPD und CDU in den Ländern ebenbürtig um die Wählerakzeptanz ringen konnte, in Westdeutschland blieb sie jedoch völlig unfähig, das von Gregor Gysi 1990 angekündigte „Milliönchen“ an Stimmen zu erringen, obwohl zumindest seit Mitte jenes Jahrzehnts ein Potenzial von etwa 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler für eine linke Partei messbar war. Die SPD war nicht mehr in der Lage, diese zu integrieren, doch sie gingen lieber in das Nichtwählerlager als sich auf die kulturell fremde, ostdeutsche oder als SED-Nachfolgepartei stigmatisierte Partei des Demokratischen Sozialismus einzulassen. Bei der Bundestagswahl 2002 verfehlte die PDS sogar klar die Fünf-Prozent-Hürde und zerfleischte sich anschließend in innerparteilichen Grabenkämpfen. Schröders Agenda 2010 und insbesondere die Hartz-IV-Gesetze erwiesen sich bei der Europawahl und ostdeutschen Landtagswahlen 2004 zwar als Frischzellenkur für die PDS, zugleich entstand jedoch vor allem in den alten Bundesländern die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit WASG). Sie sah sich nicht nur als Alternative zur SPD, sondern auch eindeutig zur PDS. Nur Oskar Lafontaines Erklärung, für sie lediglich dann zu kandidieren, wenn PDS und WASG gemeinsam anträten, zwang die gleichgepolten und sich magnetisch abstoßenden Geschwister zusammen.

Der Zeitdruck der Bundestagswahl 2005 war Lafontaines wirksamstes Instrument, zusammenzubringen, was zusammengehörte, aber nicht unbedingt zusammen sein wollte. Auf das Zusammenwachsen wurde verzichtet, musste wohl verzichtet werden, denn jede gründliche Debatte hätte nicht nur Zeit gekostet, sondern Differenzen offengelegt und die Parteibildung gefährden können. Schnell beschlossene programmatische Eckpunkte und der ost-westliche Posten-Proporz ersetzten einen programmatisch-politischen Klärungsprozess, Wahlkämpfe die Auseinandersetzung um das strategische Profil, Bundestags- und Vorstandmandate das mühevoll Ringen um die politische Kultur einer neuen Linken. Eben noch hatten die WASG-Mitglieder ärgste Bedenken gegen das Bekenntnis der PDS zum (demokratischen) Sozialismus, nun überbot man sich gerade in den westdeutschen Landesverbänden

mit jeder Art von Sozialismusforderung, aber auch in Brandenburg wurde gleich mal der (allerdings gescheiterte) Antrag gestellt, das eigene Sozialismusbekenntnis vom demokratischen Attribut zu befreien.

Der tief erlebte, unendlich wertvolle Erfahrungsschatz diktatursozialistischen Scheiterns von DDR und SED, der die Entwicklung der PDS und ihr Ringen um ein grundlegend neues linkes Gesellschafts-, Politik- und Parteiverständnis nach 1989 bestimmt hatte, verlor fast jede praktische Bedeutung, obwohl eine zukunftsfähige sozialistische Linke, egal woher sie im einzelnen kommen mag, die selbstkritische Auseinandersetzung mit ihm dauerhaft und lebensnotwendig braucht – nicht abgerungen von Außen und dem öffentlichen Erklärungsbedarf zu Jahrestagen, sondern aus dem eigenen Interesse, eine geistig, kulturell und politisch prinzipiell neue Linke im gesellschaftlichen und demokratischen Pluralismus zu etablieren. Der Preis ist hoch: Rückkehr leerer ideologischer Fundamentalismen, Unwilligkeit, sich auf aufklärerischen, argumentativen Diskurs einzulassen und Tendenzen, ihn stattdessen durch innerparteiliche Machtkämpfe und hohle Links-Rechtsklassifizierungen, grobschlächtige Freund-Feind-Raster, Verrats- und Verschwörungstheorien (bis hin zu öffentlich unwidersprochen bleibender klassisch antisemitischer Deutung der Eierwürfe am 1. Mai diesen Jahres auf Oskar Lofontaine als Mossad-gesteuert) und Diffamierungen zu ersetzen, ohne deren verhängnisvolle parteikommunistische Geschichte zur Kenntnis zu nehmen, die Zersplitterung der innerparteilichen Kommunikation in zahllose Strömungen, die nur mit sich selbst, nicht mit der ganzen Partei, schon gar nicht mit der Gesellschaft und den politischen Gegnern debattieren. Nichts davon charakterisiert die ganze Linke, aber es sind mehr als isolierte und sektenhafte Tendenzen. Charakteristisch ist nur die Schweigsamkeit der Parteiführung.

Die parteikampferfahrenen ehemaligen Sozialdemokraten haben dabei einen beträchtlichen Vorsprung gegenüber den ostdeutschen Parteimitgliedern, die sich politisch zu einem linken Pluralismus durchgerungen hatten, kulturell aber noch immer in gewissem Maße von der Herkunft aus der SED bestimmt sind, in der Personal- und Politikentscheidungen nicht demokratisch, sondern von der Führung entschieden wurden. Die nicht so zahlreichen, aber lautstarken Mitglieder früherer kleiner kommunistischer Gruppen aus Westdeutschland haben zwar innerparteilich auch keine ausgesprochen demokratischen Traditionen, aber die exzellente Erfahrung im Kampf um die Majorisierung anderer Organisationen mitgebracht. Die Linke wollte einen völlig anderen Weg der Parteienfusion als die anderen bundesdeutschen Parteien nach 1989 gehen, den einer gleichberechtigten Neugründung, bei der den westdeutschen Landesverbänden bewusst über ihre Mitgliederzahl hinausgehende Rechte eingeräumt wurden. Inzwischen wären die ostdeutschen Mitglieder und Landesverbände gut beraten, nicht ihres quantitativen Einflusses wegen, sondern um die unersetzbare Erfahrung des radikalen Bruchs mit dem Parteikommunismus nachhaltig zu bewahren und konstruktiv zu machen, ebenso aktiv um den Charakter und die Perspektive der Partei zu ringen. Sie darf man nicht nur nicht entsorgen lassen, sie muss für möglichst viele eine lebendige Grundlage, ein Mittelpunkt der Parteientwicklung bleiben. Das Erleben des epochalen Scheiterns, die Kenntnis seiner Ursachen, eigener Verantwortung, die (partielle) Beteiligung an der einzigen gelungenen Revolution in der deutschen Geschichte und die Erfahrung mit einem eigenen, heftigen und grundlegenden politischen Veränderungsprozess sind eine unvergleichliche Chance, das Grundproblem demokratischer linkssozialistischer Politik lösbar zu machen: Sie muss einerseits gesellschaftspolitisch alternativ sein, sich wahrhaft jenseits und links der Sozialdemokratie definieren. Andererseits muss sie radikal zu realistischer Politik

fähig sein. Schafft sie das eine nicht, wird sie gesellschaftlich und parteipolitisch verwechselbar und überflüssig, ignoriert sie das zweite, isoliert sie sich politisch, vor allem aber gegenüber dem Lebensalltag vieler ihrer Wählerinnen und Wähler. Ihre gesellschaftlichen und sozialen Ziele müssen weitreichend und realistisch zugleich sein, konsequent demokratisch und libertär, weitreichend aber auch im Bewusstsein, nur eine politische Kraft im pluralistischen Wettbewerb zu sein – und zu bleiben! Umgekehrt muss auch ihre Realpolitik nicht nur verlässlich, kompromissfähig und kompatibel mit den Vorstellungen andersdenkender, andersüberzeugter, andershandelnder Menschen, Parteien und Organisationen sein, sondern auch alternativ sein.

Jede und jeder in der Linken kennt Marx' Gedanken: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Parteiprogramme“ (an Wilhelm Bracke). Dass Programme kaum gelesen werden, hat nicht der in der Auseinandersetzung um das Bundestagswahlprogramm der Linken resignierende Gregor Gysi entdeckt. Doch erstens lässt sich auch Friedrich Engels zitieren: „Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut. Aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei“ (an August Bebel). Vor allem jedoch ist es die intensive Diskussion, der Klärungsprozess, die schließliche Mehrheitsentscheidung, die gerade in einer Neuformierung die programmatische Auseinandersetzung unverzichtbar machen. Das zumindest ist derzeit erlebbar in der neuen Linken, nicht die einzige Ursache für ihre von guten Wahl- und Umfrageergebnissen überdeckten Probleme, doch der wohl wirkungsvollste Ausweg aus der Wiederkehr linken und kulturellen Sektierertums.

Gewiss, Oskar Lafontaine braucht kein Programm. Er hat eines. Er ist eines. Er ist in seltener Weise fähig, seine Gedanken in Reden und Büchern populär auszudrücken, gelegentlich sicherlich auch populistisch. Doch wer ihn darauf reduziert, wird ihm nicht im Entferntesten gerecht. Er war auch nicht selten zum Unpopulären bereit, wenn er davon überzeugt war. Im deutsch-deutschen Einigungsprozess hat er mit seinen wirtschaftlich und finanzpolitisch wohlbegründeten Warnungen und seine Orientierung auf moderne europäische Entwicklungen jenseits des Nationalstaates recht bewusst die eigenen Regierungschancen verspielt und enge Weggefährten gegen sich aufgebracht. In das Wahlprogramm und die Koalitionsvereinbarung der Schröder-Regierung hat er jene finanzpolitischen Alternativen durchgesetzt, deren europäische und globale Realisierung womöglich die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise verhindert hätten, auf jeden Fall alles andere als in der SPD, in der Bevölkerung, den Boulevardmedien und in Europa populär waren.

In seinem politischen Leben, seinen Parteitagsreden und seinen Büchern von „Angst vor den Freunden“ (1983) „Die Gesellschaft der Zukunft“ (1988), „Deutsche Wahrheiten. Die nationale und soziale Frage“ (Sommer 1990), in dem er das Konzept einer „Aufhebung des Nationalstaats“ darlegt, dass in eine „Nation Europa“ münden müsse, über „Keine Angst vor der Globalisierung“ (mit Christa Müller, 1998), „Das Herz schlägt links (1999) oder das aktuelle „Politik für alle“ gibt es über Jahrzehnte politische und inhaltliche Konstanten, populäre, aber scharf argumentierte Analysen: Politikwechsel anstatt eines puren Regierungswechsels, Rüstungs- und NATO-Kritik, Antiatomenergiepolitik (früher als viele andere in der SPD), eine energische Hinwendung zur Umweltpolitik, die Verteidigung des Freiheits- und Demokratieanspruchs der nichtkommunistischen Linken (auch in seinen engen Beziehungen zur SED-Führung), die frühe und beständige Liberalisierungskritik und Analyse des globalen Casinokapitalismus, und immer wieder das Bestehen auf

sozialer Gerechtigkeit. Vehement forderte er gerade für sie neue Antworten, was ihn für die Medien eine Zeit lang zum „Reformer“ machte. Nur waren Reform, Modernisierung und die Anpassung an neue Realitäten für ihn nicht Selbstzweck oder Vehikel, diesen linken Grundanspruch aufzugeben oder seine Aufgabe rhetorisch zu verschleiern. Er meinte und meint es ernst. Das auf jeden Fall. Er blieb, denke ich, Reformer, nur nicht im Bild der Öffentlichkeit und seiner früheren Partei. Ja, auch nicht im Bild seiner jetzigen. Mit den zum Teil äußerst differenzierten Positionen seines nach der Bundestagswahl 2005 veröffentlichten Buches „Politik für alle“, so zu Adenauer und zur Westintegration der Bundesrepublik, zu Helmut Schmidt und Helmut Kohl, hätte auf dem Essener Parteitag der Linken niemand den Sprung auf die Europaliste geschafft. Spätestens diese streitbaren, bedenkenswerten und in der Kontinuität Lafontainescher Überzeugungen liegenden Sätze wären im Tumult untergegangen: „Deutschlands Zukunft liegt in Europa. Vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik wie auch in der Wirtschaftspolitik muss Europa immer stärker kooperieren, und seine Interessen in der Welt zur Geltung bringen. Eine Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg ist die Antwort auf die Globalisierung. Dem Souveränitätsverlust auf nationaler Ebene steht eine erweiterte Handlungsmöglichkeit auf europäischer Ebene gegenüber.“

Warum steht das nicht im Europawahlprogramm der Linken, übrigens auch nicht in Lafontaines und Gysis Papier zum EU-Jubiläum 2007? Warum kämpft Oskar Lafontaine in der Partei nicht für diese Programmatik? Warum begehrt einer nicht gegen einen Kulturverfall und die Neuverkündung des Lager- und Freund-Feind-Denkens auf, der 1988 geschrieben, und es im aktuellen Buch praktiziert hat: „Eine Politik, die die Menschen nach ‚Freund und Feind gruppiert‘, steht gegen das Politikmodell der demokratischen Linken, die immer auf Solidarität, auf das Miteinander setzt.“? Die Antwort weiß vielleicht nur Oskar Lafontaine allein. Nicht er ist es, der neue Ausgrenzungen praktiziert, doch er lässt sie praktizieren. Er nimmt sie (wie die gesamte Führung) nicht zur Kenntnis. Sie interessieren ihn nicht. Sie sind der Tummelplatz all jener, die Lafontaine, nicht den „Lafontaineismus“, sein politisch-programmatisches Konzept, für ihre Machtspielchen und Postenkämpfe benutzen.

Man könnte auch auf jenen saarländischen Sozialdemokraten verweisen, den Joachim Hoell in seiner Lafontaine-Biografie zitiert: „... Als Parteivorsitzender geriert er sich als unangefochtener Chef, ‚mein Laden‘ nennt Lafontaine die Saar-SPD, und ein Genosse meint amüsiert: ‚Der hält sich nur einen Vorstand, weil das in der Satzung steht.‘“ Nun hält sich Lafontaine eben eine ganze Partei? Es gibt in seinen politischen Positionen, vor allem nach seinem Rücktritt als SPD-Vorsitzender und Finanzminister und seit seinem Vorsitz in der Linken und ihrer Bundestagsfraktion auch unerklärte Brüche. In den neunziger Jahren sah er die Ablehnung der Währungsunion durch die PDS als ausschlaggebenden Grund dafür an, ein Bündnis mit ihr auf Bundesebene auszuschließen. Abgesehen davon, dass die PDS damals nicht der Währungsunion, sondern ihrem monetaristischen und liberalen Charakter widersprach, hat Lafontaine diese Position heute vollständig übernommen. Es war immer eine seiner Stärken und seine klare Absicht, populäre und unverwechselbare Positionen zu besetzen, sie strategisch, politisch und persönlich zu nutzen: in der Friedensbewegung und Antiatomenergiebewegung der achtziger, der globalisierungskritischen Bewegung der neunziger Jahre, den sozialen Protesten gegen die Agenda 2010 und den Auseinandersetzungen mit dem Casinokapitalismus. Nicht prinzipienlos, aber immer auch strategisch kalkuliert. Das macht auch seine überragende Rolle in der Linkspartei aus. Er ist ihr einziger Stratege, er ist derzeit ihre Strategie. Aber anders als in früheren Jahrzehnten und in der SPD begnügt er sich, nicht verbal, nicht analytisch, ganz und gar nicht, aber

faktisch, mit einem politischen Protestprojekt. Alle Macht geht vom Wahlerfolg aus. Das gesellschaftspolitische Veränderungsprojekt, für das er einer der Vorreiter von Rot-Grün war, ist ihm durch seinen Bruch mit der SPD und den Bruch der SPD mit sozialer Politik sowie die sehr persönliche und sehr unpolitische Abneigung der früheren Genossen gegen ihn, verstellt. Dass es in fast jeder Hinsicht ein schwieriges, auch für die Linke nicht unproblematisches Unterfangen wäre, steht außer Frage. Dass es in dieser sozial so bedrohlich gespaltenen, finanz- und wirtschaftsbeherrschten Gesellschaft, notwendig ist, dass es jene eher heute als morgen benötigen, die schon fast unumkehrbar sozial ausgegrenzt werden, spätestens 2013, ist aus linker Sicht ebenfalls fraglos.